



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

DIE ZEIT **prognos**

Potenziale erschließen - Familienatlas 2005.



Inhalt

I.	Einleitung	4
	Vorteil Familienfreundlichkeit	4
II.	Methodik: Indikatoren für „Familienfreundlichkeit“	6
	Zusammenwirken der Faktoren entscheidet	8
	Regionale Handlungsfelder	9
III.	Die Regionen-Gruppen des Familienatlas 2005	11
3.1	Gruppe A: Wo es sich als Familie gut wohnen und leben lässt	11
3.2	Gruppe B: Die klassischen Mittelstandsregionen	13
3.3	Gruppe C: Regionen mit „verdeckten Problemen“	15
3.4	Gruppe D: Die „Unauffälligen“	17
3.5	Gruppe E: Singlestädte als biografische „Durchlaufstation“	21
3.6	Gruppe F: „Refugien“ für Familien in Ostdeutschland	23
3.7	Gruppe G: Fehlende Perspektiven für Familien	25
3.8	Gruppe H: Städte im Strukturwandel	27
IV.	Anhang	29
4.1	Literaturempfehlungen	29
4.2	Lokale Bündnisse für Familie	32
4.3	Verbraucheranalyse 2005	34
4.4	Reformen für Deutschland	34

I.

Einleitung

Vorteil Familienfreundlichkeit

Die demografische Entwicklung in Deutschland rückt als Megathema nicht nur in der Familienpolitik, sondern auch in der Wirtschafts-, Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ins Zentrum des öffentlichen Interesses. Mehr Kinder bedeuten mehr Lebensqualität, aber auch mehr Wohlstand und Wachstum für unsere Gesellschaft. Eine nachhaltige und moderne Familienpolitik setzt sich deshalb dafür ein, die Bedingungen so zu verbessern, dass mehr Familien ihre Kinderwünsche realisieren können. Wer langfristig Innovationsfähigkeit und Wachstum sichern will, wer die Potenziale von Familien erschließen will, der ist zudem gut beraten, sich um den Nachwuchs an Erwerbspersonen und besonders an hochqualifizierten Fachkräften sowie um die Bereitstellung von qualitativ hochwertigen Angeboten zur Kinderbetreuung und zur frühen Förderung zu kümmern. Daraus ergeben sich verschiedene Handlungsfelder, die vor allem in ihrer Kombination zielführend sind.

Die wirtschaftliche Zukunft und der Wohlstand der deutschen Städte und Landkreise sowie die Attraktivität der Standorte für Investoren hängen künftig immer stärker davon ab, ob die Regionen jungen Familien ein lebenswertes Umfeld und berufliche Perspektiven anbieten können. Denn ohne junge Familien gibt es keinen Fachkräftenachwuchs, keine neuen Unternehmen, keine Innovationen. Im lokalen und regionalen Umfeld werden die unmittelbaren Lebens- und Arbeitsbedingungen der Familien bestimmt.

Die Vorteile der Familienfreundlichkeit für die Regionen liegen auf der Hand: Sie sichert in Form erhöhter Attraktivität als Wohnstandort nicht nur kommunale Steuereinnahmen, ein familienfreundliches Umfeld unterstützt überdies bspw. auch die Bestandsentwicklung regionaler Unternehmen durch ein breites Arbeitskräfteangebot und fördert die Innovationsdynamik und Wettbewerbsfähigkeit einer Region, wenn es gelingt, junge Erwerbstätige gut auszubilden oder anzuwerben. Familienfreundlichkeit entwickelt sich zu einem der wichtigsten Standortfaktoren der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region.¹

Darüber hinaus stabilisieren Familien die soziale Mitte unserer Gesellschaft. Als zuverlässige Netze stärken sie den Zusammenhalt, gerade in Zeiten großer Veränderungen. Das Vertrauen, das junge Menschen der lange Zeit totgesagten Institution Familie entgegenbringen, ist groß. Die Mehrzahl der Menschen wünscht sich Kinder.

Dennoch ist Deutschland in der Geburtenentwicklung zum negativen Trendsetter mit der höchsten Kinderlosigkeit weltweit geworden. Die Zahl der Mehrkindfamilien sinkt, vor

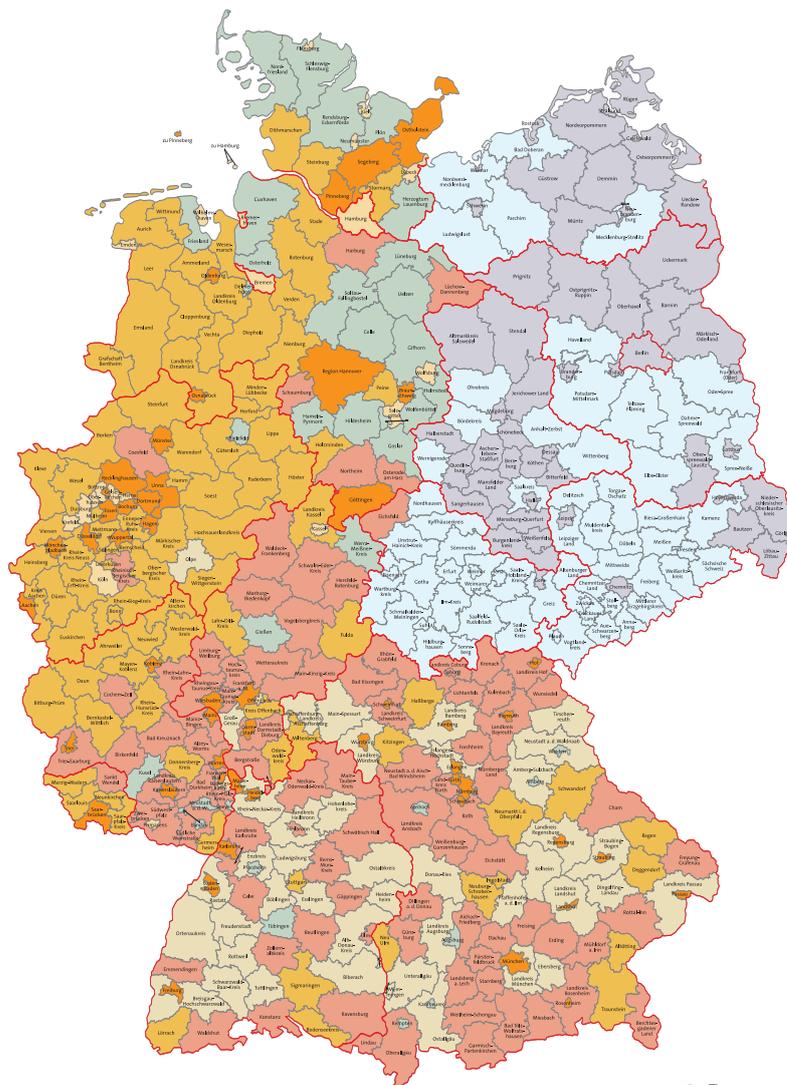
¹ zum Thema Familienfreundlichkeit als Standortfaktor siehe auch detaillierter in Prognos AG: Familienfreundlichkeit als Standortfaktor für Regionen – Kurzexpertise für das BMFSFJ 2004

allem Akademikerinnen bleiben immer öfter kinderlos. Deutschland wird zur kinderentwöhnten Gesellschaft. Die Folge ist ein wenig familienfreundliches Klima, in dem es immer unattraktiver wird, Kinder in die Welt zu setzen. Diesen sich selbst verstärkenden Effekt gilt es zu durchbrechen.

Wie dieser von der Prognos AG erarbeitete Atlas zeigt, gibt es in allen Regionen Potenziale, die sich durch eine familienfreundliche Politik erschließen lassen. Die konkreten Ansatzpunkte können sich von Ort zu Ort stark unterscheiden, eine Standardlösung gibt es nicht.

Bei der Diskussion und Umsetzung familienpolitischer Ziele sind nicht nur Aktivitäten der Kommunen gefragt, sondern die Zusammenarbeit unterschiedlicher Partner – Kommunen, Unternehmen, freie Träger, Vereine, Kirchen, Familien und andere – die unterschiedliche Kompetenzen und Möglichkeiten einbringen. Die positive Resonanz auf die Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familie“, mit der das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die lokalen bzw. die regionalen Akteure unterstützt, zeigt, dass sich viele Städte und Gemeinden in diesem Sinne bereits für ein familienfreundliches Umfeld vor Ort engagieren. Vergleiche ab Seite 11ff.

Gesamtkarte (siehe Seite 18/19)



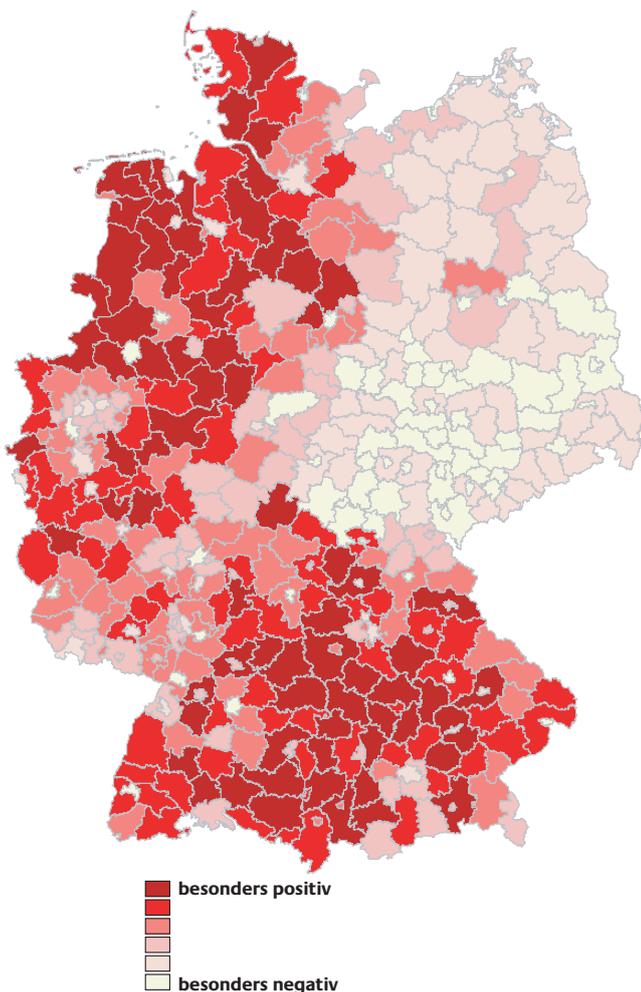
II.

Methodik: Indikatoren für „Familienfreundlichkeit“

Familie ist immer dort, wo Kinder sind – familienfreundliche Standorte sind deshalb zunächst diejenigen der 439 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland, in denen sich vergleichsweise viele Frauen und Männer im Rahmen ihrer Lebensplanung für Familie und Kinder entscheiden. Deshalb erfasst der Familienatlas im Bereich „Demografie“ die Geburtenrate, die Zu- und Abwanderung von Familienhaushalten und den Bevölkerungsanteil von Kindern und Jugendlichen.

So ist der Binnenwanderungssaldo der Familienwanderer, also der Menschen in den Altersklassen unter 18 und zwischen 30 und 50 Jahren, ein Maß für die Attraktivität von Regionen für Familien. Nicht zuletzt wollen und sollen Kinder unter Kindern aufwachsen, sodass bei der Wohnortwahl mit in Betracht gezogen wird, wo bereits viele Familien leben.

Karte „Demografie“



Dies ist aber nur der erste Blick auf die Familienfreundlichkeit und in einem gewissen Sinn die zu erklärende Variable: Denn der Familienatlas beleuchtet tiefer gehend die mal günstigen, mal weniger günstigen Rahmenbedingungen, unter denen die Entscheidungen für Familie und Kinder fallen – oder eben nicht fallen.

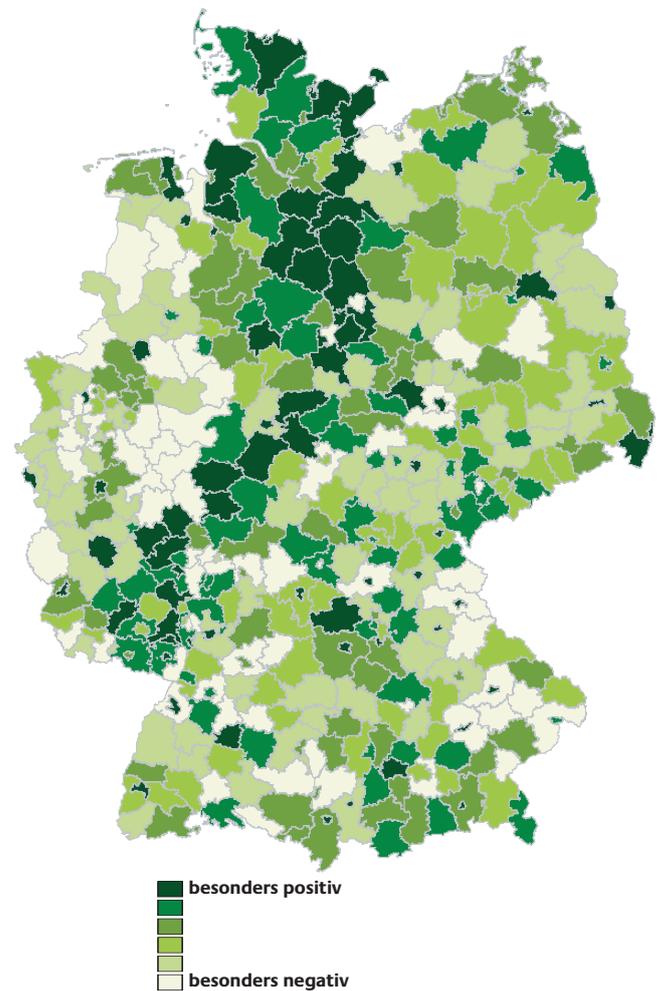
Auf Basis einer statistischen Analyse teilt der Familienatlas 2005 die 439 Kreise und kreisfreien Städte in acht Gruppen mit jeweils ähnlichen „Familienfreundlichkeitsprofilen“ ein. Die Regionen innerhalb einer Gruppe gleichen sich jeweils sehr stark, was die Ergebnisse in den fünf Schwerpunktthemen betrifft: Neben der „Demografie“ (s. o.) sind das die Bereiche „Betreuungsinfrastruktur“, „Bildung & Arbeitsmarkt“, „Vereinbarkeit von Familie & Beruf“ sowie „Sicherheit & Wohlstand“.

Zum Beispiel die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Familienfreundlich ist eine Region dann, wenn Mütter und Väter neben Einrichtungen und Infrastrukturen – z. B. Krippenplätzen – auch Unternehmen mit familienfreundlichem Engagement sowie Arbeitsmärkte vorfinden, die einen sicheren Unterhalt der Familie gewährleisten und den Wiedereinstieg von Frauen in den Beruf erleichtern. Internationale Vergleiche zeigen, dass die Flexibilität des Arbeitsmarktes ein wichtiger Faktor für Familienfreundlichkeit ist. In vielen europäischen Staaten gehen ein hoher Beschäftigungsanteil von Frauen und eine hohe Geburtenrate zusammen. Die familienfreundlichen Elemente der Flexibilität des Arbeitsmarktes lassen sich auf regionaler Ebene anhand der Teilzeitquote und dem Anteil der Frauenerwerbstätigkeit messen.

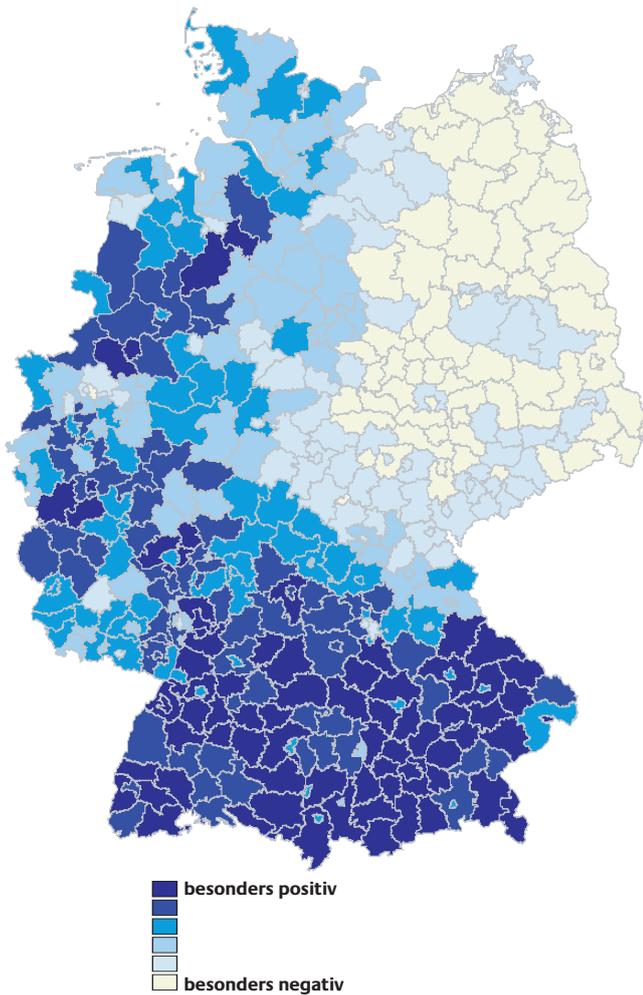
Grundsätzlich sind wirtschaftliche Perspektiven, Arbeitsplätze und ein familienfreundliches Arbeitsumfeld (insbesondere für Frauen nach der Familiengründung) die wichtigste Voraussetzung für die Familienplanung. Die Geburtenrate hängt entsprechend stark zusammen mit der Arbeitsmarktperspektive in der Region und dem Wohlstandsniveau.

So ist der Anteil der 4- bis 18-jährigen Kinder und Jugendlichen in Sozialhilfe ein wichtiger Wohlstandsindikator. Die unter 4-Jährigen sind hier bewusst nicht mit einbezogen worden, da vielfach Alleinerziehende in den ersten Lebensjahren ihrer Kinder vorübergehend Sozialhilfe beziehen, bevor sie nach einer Elternzeit wieder arbeiten und dann keine Sozialhilfe mehr benötigen. Kinder, die dauerhaft in Sozialhilfe bzw. ärmeren Verhältnissen leben, haben aber deutlich geringere Bildungschancen und damit auch geringere Aussichten, sich aus Armutsrisiken zu befreien. Die ökonomischen und sozialen Startbedingungen für Kinder in Sozialhilfe hinsichtlich ihres Bildungserfolgs und ihrer späteren Qualifikation sind somit geringer.

Karte „Vereinbarkeit von Familie & Beruf“



Karte „Bildung & Arbeitsmarkt“



© Prognos AG 2005

Zusammenwirken der Faktoren entscheidet

Es existiert mithin nicht ein einzelnes, Ausschlag gebendes Kriterium, sondern Familienfreundlichkeit setzt sich aus der Kombination verschiedener Faktoren zusammen, die in ihrem Zusammenspiel mit darüber entscheiden, wie gut das Klima für Familien in einer Region ist. Die einzelnen Indikatoren besitzen jeweils für sich genommen nur eine eingeschränkte Aussagekraft. Erst im Zusammenhang und in den unterschiedlichen Kombinationen werden Rückschlüsse auf die spezifischen Bedingungen für Familien in den Regionen möglich.

So ist die Erwerbsquote von Frauen für sich genommen kein Indikator dafür, wie die Entscheidung für oder gegen ein Kind ausfällt. Sondern Letztere wird auch davon beeinflusst, welche Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gegeben sind – sei es durch Kinderbetreuungsangebote oder durch die Möglichkeiten, Teilzeit zu arbeiten. Dies zeigt sich bspw. im internationalen Vergleich in Ländern, die neben einer hohen Frauenerwerbstätigkeit auch hohe Geburtenziffern aufweisen, was unter anderem auf die guten Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zurückzuführen ist.

Umgekehrt verbessern gute Betreuungskapazitäten zwar die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, reichen allein aber nicht aus, um die Bildung neuer Familien anzuregen. Die Dichte der Betreuungseinrichtungen erklärt dementsprechend nicht die regionalen Unterschiede der Geburtenrate.

Der Familienatlas trifft dabei keine Wertung über unterschiedliche Familienformen, wie bspw. klassische Mutter-Vater-Kind-Familien, Alleinerziehende mit Kindern oder Patchwork-Familien. Auch die Zusammenfassung von Regionen in Gruppen, die Familien jeweils ähnliche Rahmenbedingungen bieten, darf deshalb nicht als Ranking verstanden werden, bei dem eine Region besser oder schlechter abschneidet als andere. Dafür sind die Bedingungen in den Regionen wiederum zu unterschiedlich – etwa zwischen Städten und ländlichen Räumen.

Vielmehr ist der Familienatlas ein Instrument, um die vorrangigen Handlungsfelder für eine familienfreundliche Politik auf lokaler Ebene zu identifizieren und Anhaltspunkte für eine erfolgreiche Vorgehensweise zu liefern. So wird jede Region individuelle Ansätze entwickeln müssen, um der Situation von Familien gerecht zu werden und die Bedingungen für Familiengründungen zu verbessern.

TABELLE 1: BEWERTUNG DER REGIONENGRUPPEN IN DEN 5 THEMatischen BEREICHEN DES FAMILIENATLAS

	Demografie	Betreuungsinfrastruktur	Bildung & Arbeitsmarkt	Familie & Beruf	Sicherheit & Wohlstand
Gruppe A	+	-	++	+	+
Gruppe B	++	--	++	--	++
Gruppe C	+	-	0	++	-
Gruppe D	++	--	+	-	0
Gruppe E	-- bzw. -	0	+ bzw. 0	++ bzw. 0	-
Gruppe F	-	++	--	-	0
Gruppe G	--	++	--	0	-
Gruppe H	-(bzw. 0)	-	-	0 bzw. --	--

Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt:

- ++ stark überdurchschnittlich
- + überdurchschnittlich
- 0 durchschnittlich
- unterdurchschnittlich
- stark unterdurchschnittlich

Regionale Handlungsfelder

Auf den ersten Blick geht es dabei vor allem um ausreichende Betreuungskapazitäten, insbesondere für Kleinkinder – sie sind eine wesentliche Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In großen und differenzierten Umfragen werden Betreuungsmöglichkeiten als zentrale Bedingungen für die Verwirklichung eines Kinderwunsches angeführt. Im internationalen Vergleich ist die Geburtenrate in Ländern mit guten Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren höher. Darüber hinaus ist es sowohl volks- als auch betriebswirtschaftlich sinnvoll, den Müttern, die zumeist die Elternzeit in Anspruch nehmen, schnell den Wiedereinstieg in ihren Beruf zu ermöglichen. Das gewinnt an Bedeutung, weil der demografische Wandel bereits mittelfristig zu einem Fachkräftemangel führen wird.

In vielen Regionen gehören außerdem vor allem die Themen Bildung und Sicherheit auf die Agenda. Ein hoher Anteil von Schulabbrechern etwa zieht strukturelle Jugendarbeitslosigkeit nach sich und verschlechtert die Chancen für Familiengründungen und Kinderreichtum in der Zukunft. Eine hohe Ausbildungsplatzdichte macht dagegen eine Region für Familien attraktiv, da für die Kinder im Ausbildungsalter ein potenziell besseres und breiteres Angebot zur Verfügung steht.

Thema Sicherheit: Familien suchen tendenziell ein sicheres räumliches Umfeld. Bei Kaufentscheidungen von Wohneigentum hat dieser Faktor eine besonders große Bedeutung. Dabei geht es innerhalb der Kriminalstatistik vor allem um Körperverletzungen und Einbruchdiebstahl – Letzterer wird gerade von Kindern als traumatisch erlebt. Eine geringe Kriminalitätsrate ist somit ein Indikator für die Lebens- bzw. Wohnortqualität aus Sicht von Familien. Dies trifft auch zu für den Indikator „Verletzte Kinder im Alter von 0 bis 15 Jahren im Straßenverkehr“ zu. Oft zeigt sich in den Bemühungen um kindgerechten Straßenverkehr exemplarisch, welche Bedeutung Kinder in einer Region haben.

Nicht als Illustration der Regionengruppen, sondern als positive Beispiele für Handlungschancen und vor allem für gemeinsame Strategien von Unternehmen, Kommunen, Verbänden und Initiativen sind deshalb auch die Kurzporträts der Lokalen Bündnisse für Familien zu verstehen, die die weitere Beschreibung der Ergebnisse begleiten (s. u.). Diese Bündnisse haben die Herausforderungen, die Risiken ebenso wie die Chancen erkannt und schneiden ihre Projekte auf die individuelle regionale Situation zu.

TABELLE 2: DIE INDIKATOREN DES PROGNOS FAMILIENATLAS 2005¹

Nr.	Indikator	Themenkategorie
1	Anteil Kinder und Jugendliche (unter 18 Jahre) an der Gesamtbevölkerung	Demografie
2	Fertilitätsrate	
3	Binnenwanderungssaldo der Familienwanderer (je 1.000 Einwohner der Altersklasse <18 und 30–50 Jahre)	
4	Krippenplätze je 1.000 Kinder unter 3 Jahren	Betreuungsinfrastruktur
5	Hortplätze je 1.000 Kinder 6–9 Jahre	
6	Anteil der Ganztagsbetreuung (in Krippen, Kindergärten und Horten)	
7	Betreuungseinrichtungen insgesamt je 1.000 Kinder im Alter 0–9 Jahre (in Krippen, Kindergärten und Horten)	
8	Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss	Bildung & Arbeitsmarkt
9	Ausbildungsplatzdichte	
10	Arbeitslosenquote	
11	Arbeitslose unter 25 Jahren je 1.000 15- bis unter 25-Jährige	
12	Teilzeitquote	Familie & Beruf
13	Beschäftigtenanteil Frauen (an den Gesamtbeschäftigten)	
14	Körperverletzung und Einbruchdiebstahl je 100.000 Einwohner	Sicherheit & Wohlstand
15	Verletzte Kinder im Straßenverkehr im Alter von 0 bis 15 Jahren (je 10.000 0–15-Jährige)	
16	Anteil Kinder und Jugendliche in Sozialhilfe	

¹ Bei allen Indikatoren wurden die aktuellsten verfügbaren Zahlen verwendet. Wir danken dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) für die Bereitstellung zahlreicher Daten mit hoher Aussagekraft und für wichtige Hinweise und Beratung bei der Auswahl.

III.

Die Regionen-Gruppen des Familienatlas 2005

3.1 Gruppe A: Wo es sich als Familie gut wohnen und leben lässt

Die 88 Kreise und Städte bis 100.000 Einwohner dieser Gruppe eint statistisch, dass sie gut bis sehr gut in vier der fünf bewerteten Themenbereiche abschneiden: bei Bildung und Arbeitsmarkt, Familie und Beruf, Sicherheit und Wohlstand sowie bei der Demografie selbst. Beispiele aus der Gruppe sind Coesfeld, Göppingen und die Stadt Heilbronn, Dachau, Ansbach, Schwäbisch Hall oder auch Bad Dürkheim. Schwäbisch Hall etwa hat eine sehr positive demografische Entwicklung, was an der relativ hohen Geburtenrate von 1,6 sowie der starken Zuwanderung von Familien sichtbar wird. Das Resultat ist ein hoher Kinderanteil an der Bevölkerung.

Ein vergleichsweise gut funktionierender Arbeitsmarkt mit durchschnittlich 6% Arbeitslosenquote und geringer Jugendarbeitslosigkeit, eine hohe Ausbildungsplatzdichte sowie ein hohes Sicherheitsniveau mit geringer Kriminalität und wenigen Verkehrsunfällen bilden eine gute Umgebung für Familien mit Kindern. Der Beschäftigtenanteil der Frauen liegt mit 43 % ziemlich genau im Bundesschnitt.

Dagegen ist die Betreuungsinfrastruktur deutlich verbesserungsfähig, insbesondere gemessen an den GanztagsbetreuungsKapazitäten und der Jüngstenbetreuung. Gemessen an der Zahl der Krippenplätze liegt diese Gruppe noch hinter den ehemaligen Industriestädten im Westen – von Ostdeutschland ganz zu schweigen.

Dieses einzige, aber relevante Manko bedeutet, dass diese Regionen demografische Potenziale haben, die sie aber noch nicht optimal nutzen. Zwar ist die Arbeitsmarkt- und Ausbildungssituation sehr gut, und auch in puncto Wohlstand und Sicherheit schneiden die Regionen immerhin überdurchschnittlich ab. Aber bei vielen dieser Kreise handelt es sich um Pendler- oder „Stadtflüchter-“ Regionen, die kaum eigene vorwärtsweisende Wirtschaftsdynamik auf die Waage bringen.

Die Arbeitspendler, die hier mit ihren Familien oft preiswerten Wohnraum – vor allem auch Wohneigentum – in naturnaher Umgebung finden und deshalb zuwandern, brauchen zum einen wegen der teilweise hohen Entfernungen zum Arbeitsplatz sehr gute Infrastrukturen zur Verbesserung der Erreichbarkeit (öffentlicher Personennahverkehr, Straßenverbindungen).

Zum anderen könnten diese Regionen aus ihrem demografischen Kapital zusätzliche Zukunftsfähigkeit schlagen, wenn es gelänge, Unternehmen in die Region zu holen, die künftig immer mehr auf die knapper werdenden Fachkräfte angewiesen sein werden. Heute exportieren diese Kreise und Städte im Prinzip Fachkräfte – in Form von Pendlern. Die Arbeitsmarktsituation für Frauen – insbesondere der Teilzeitarbeitsmarkt – ist bereits vergleichsweise gut. Allerdings handelt es sich oft um geringere Zuverdienste. Die Potenziale von Familien sind also sowohl ein Thema für die Wirtschaftsförderung als auch eine Frage des Ausbaus der Betreuungsinfrastruktur – ein gutes Beispiel dafür ist das Projekt „Hanau – die zeitbewusste Stadt“, in dem in enger Kooperation mit Unternehmen besonders flexible Betreuungsvarianten entwickelt und angeboten werden.

Gutes Beispiel für regionale Aktivitäten

Hanau: Projekt „Hanau – die zeitbewusste Stadt“

Eine familienfreundliche Gestaltung von Zeitabläufen im öffentlichen Raum ist schon seit 1996 ein Thema in Hanau: Im Projekt „Hanau – die zeitbewusste Stadt“ beteiligten sich Organisationen, Bürgerinnen und Bürger an Befragungen, Fachtagungen und themenbezogenen Runden Tischen. Mit dem vom BMFSFJ und von der Europäischen Union geförderten Innovationspiloten „Familiengerechtes Hanau – Eine Stadt baut Zeitbrücken zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ erweitert das Bündnis für Familie in Hanau sein Handlungsspektrum und geht auf neue Partner zu.

Ziele des Projekts „Hanau – die zeitbewusste Stadt“:

- ! Verbesserung der Balance von Familie und Beruf
- ! Anpassung von Zeitabläufen im öffentlichen Raum (Arbeitszeiten, Öffnungszeiten, Betreuungszeiten, Nahverkehrszeiten) an die Bedürfnisse von Familien
- ! mehr Zeit und weniger Zeitstress für Familien

Maßnahmen:

- ! flexibles Betreuungsmodell durch Tagespflege in Randzeiten
- ! Vertrag zwischen der Stadt Hanau und der Firma Heraeus: Das Unternehmen kann über die Verwaltung eine Tagesmutter anfordern, wenn bei Eltern im Betrieb die Betreuungsperson ausfällt oder eine besondere Betreuungszeit z. B. durch Fortbildung erforderlich ist; zudem stellt die Stadt dem Unternehmen Notplätze in einer Kindertagesstätte zur Verfügung
- ! Teilnahme der Stadt Hanau am Audit Beruf und Familie der Gemeinnützigen Hertie Stiftung

Geplante Maßnahmen:

- ! Gewinnung älterer Menschen für freiwillige Mitarbeit in der Kinderbetreuung, Einrichtung einer Börse für solche „Zeitbrücken“
- ! Modelle familiengerechter Öffnungszeiten im Einzelhandel und in Arztpraxen, familienfreundlicher Servicezeiten in Handwerksbetrieben in Zusammenarbeit mit Betrieben und Verbänden
- ! Organisation von Entlastungsangeboten, die Pflegenden „Zeitinseln“ ermöglichen

Kontakt:

- ! Ansprechpartnerin: Frau Imke Meyer, Frauenbeauftragte der Stadt Hanau, Am Markt 14–18, 63450 Hanau, Tel.: 0 61 81/29 54 67, Fax: 0 61 81/29 52 14, E-Mail: frauenbuero@hanau.de

3.2 Gruppe B: Die klassischen Mittelstandsregionen

Die 42 klassischen Mittelstandsregionen – vorwiegend ländliche Kreise und kleinere Städte – liegen bis auf die Ausnahme des Kreises Olpe in Süddeutschland. Die Landkreise Regensburg und Passau, Groß-Gerau, Biberach, Rastatt, Heidenheim und Esslingen sind typische Vertreter – sie zeichnen sich vor allem durch eine sehr gute Bildungs- und Arbeitsmarktsituation aus, bei gleichzeitig eher schwacher Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Von der Gruppe A unterscheiden sich diese Regionen durch eine noch einmal wesentlich schlechtere Betreuungssituation und einen für Frauen schwer zugänglichen Arbeitsmarkt.

Dies hat vor allem mit der Wirtschaftsstruktur zu tun: Die meisten dieser Kreise sind auch in betrieblicher Hinsicht klassische Mittelständler, d. h., das Facharbeitermodell mit relativ hohen und sicheren Einkommen (die Arbeitslosenquote ist bundesweit die geringste), mit langfristigen Erwerbsverhältnissen in mittelständischer Industrie und im Handwerk ist hier noch intakt – mitsamt einer traditionellen Rollenverteilung.

Einerseits zeichnen sich die Regionen durch Sicherheit und Wohlstand aus, d. h. durch wenige Verkehrsunfälle mit Kindern, geringe Kriminalität und unterdurchschnittlich viele Sozialhilfefälle im Kinder- und Jugendbereich. Sie haben eine geringe Schulabbrecherquote, einen intakten Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und profitieren von der Zuwanderung von Fachkräften mit ihren Familien. Zusammen mit einer – nach deutschen Maßstäben – überdurchschnittlichen Fertilitätsrate führt das zu einem sehr hohen Kinder- und Jugendanteil an der Bevölkerung.

Auf der anderen Seite weist diese Gruppe aber starke Defizite in den Bereichen Betreuungsinfrastruktur und Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf. Dies belegen bspw. geringe Betreuungskapazitäten von nur neun Krippenplätzen je 1.000 Kinder unter drei Jahren oder die schlechte Versorgung mit Hortplätzen. 75% dieser Regionen fallen im gesamtdeutschen Vergleich in das untere Drittel bei der Betreuungsinfrastruktur. Zusammen mit der industriell orientierten Wirtschaftsstruktur führt das zu einer geringen und für ein Zukunftsprofil wenig überzeugenden Frauenerwerbstätigkeit.

Mit Blick auf den demografischen Wandel und den wachsenden Innovations- und Wettbewerbsdruck in der mittelständischen Industrie ist diese Situation alles andere als beruhigend. Der Fachkräftemangel ist schon heute eines der wachsenden Probleme vieler Unternehmen in diesen Regionen. Dies wird sich im Zusammenhang mit einem forcierten Strukturwandel schrittweise verschärfen, sodass eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit für eine Bestandserhaltung des Niveaus unbedingt notwendig ist.

Zudem wird selbst in diesen Regionen die Geburtenrate nicht ausreichen, um den qualifizierten Arbeitsmarkt auch nur mittelfristig von Zuwanderungen weniger abhängig zu machen. Familienfreundliche Standortpolitik ist in den klassischen Mittelstandsregionen derzeit noch kein Thema – wichtige Potenziale für die Zukunft drohen deshalb verschenkt zu werden.

Frauen werden angesichts alternder Belegschaften und des notwendigen Strukturwandels hin zu den Dienstleistungen also doppelt dringend als Fachkräfte gebraucht. Um diese Herausforderung zu meistern, ist die Verbesserung der Kinderbetreuungsmöglichkeiten und nicht zuletzt die Sensibilisierung der Unternehmen unumgänglich, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert werden kann. Mittelständische Unternehmen und Wirtschaftsförderung sollten dies gemeinsam zum Thema machen.

Während es bei der Gruppe A also vor allem darum geht, Familien nicht nur als Wohnpendler, sondern auch beruflich an die Region zu binden, ist die Herausforderung an die Gruppe B eine arbeitsmarktpolitische: Vereinbarkeit von Familie und Beruf als wichtiger Standortfaktor der nahen Zukunft. Das Regionale Netzwerk für Kinderbetreuung Taunus als ein positives Beispiel in der Region verfolgt beispielsweise dezidiert das Ziel, über die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf qualifiziertes Personal in exportorientierten Unternehmen zu gewinnen und zu halten.

Gutes Beispiel für regionale Aktivitäten

Eschborn/Region Taunus, „Regionales Netzwerk für Kinderbetreuung Taunus“

Im „Regionalen Netzwerk für Kinderbetreuung Taunus“ beteiligen sich vier Kommunen, dort ansässige Firmen wie Procter&Gamble und Träger der Familienbildung an einem lokalen Bündnis.

Ziele:

- Erweiterung des Angebots an qualifizierter Kindertagespflege
- Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Gewinnung und Bindung qualifizierten Personals in international tätigen Unternehmen

Maßnahmen:

- Internetgestützte Betreuungsbörse, die Eltern und Tagespflegepersonen die Möglichkeit gibt, sich über das Angebot in der Region zu informieren, das eigene Betreuungsangebot ins Netz zu stellen und eine geeignete Betreuung für das eigene Kind zu finden
- Informationen über Tätigkeit und Tagesablauf von Tagesmüttern, um Eltern und potenziellen Tagesmüttern einen Einblick zu geben
- Qualifizierung, Weiterbildung und Zertifizierung von Tageseltern
- Zusammenarbeit mit Unternehmen: vorzeitige Informationen über neue Betreuungsangebote und Beratung von Beschäftigten gegen finanziellen Beitrag des Arbeitgebers
- Zusammenarbeit mit Unternehmen: Bereitstellung von „Notfalltagesmüttern“ gegen finanziellen Beitrag

Kontakt:

- Ansprechpartnerin: Frau Sabine Dalianis, Stadt Eschborn, Rathausplatz 36, 65760 Eschborn

3.3 Gruppe C: Regionen mit „verdeckten Problemen“

Während die „klassischen Mittelstandsregionen“ immerhin noch von einer komfortablen Ausgangssituation aus planen und sich weiter entwickeln können, steht eine andere Gruppe von Regionen bereits vor ersten, wenngleich oft noch verdeckten Problemen.

Verdeckt deshalb, weil diese 34 Kreise und Städte – die meisten in Niedersachsen und Schleswig-Holstein, wie Plön, Uelzen, Cuxhaven und Gifhorn, aber auch Tübingen, Bielefeld und der Landkreis Kusel – etwa hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sogar an erster Stelle im Gruppenvergleich stehen. Eine hohe Frauenerwerbstätigkeit und ein hoher Anteil von Teilzeitbeschäftigten deuten darauf hin, dass Familie und Beruf in diesen Regionen zumindest grundsätzlich besser unter einen Hut gebracht werden können als anderswo. In einigen Regionen dieser Gruppe führen ein überdurchschnittlich hoher Kinderanteil, eine leicht erhöhte Geburtenrate und ein positiver Binnenwanderungssaldo der Familien sogar zu einem überdurchschnittlichen Wachstum der Bevölkerung.

So weit die guten Nachrichten. Die Landkreise und Großstädte dieser Gruppe sind allerdings auch durch überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit charakterisiert und dadurch, dass bei ihnen ein starker Strukturwandel zulasten des produzierenden Gewerbes stattfindet, der in vielen Fällen zunächst mehr Arbeitsplätze kostet, als er gleichzeitig bei den Dienstleistungen neu schafft. Noch ist vielfach das Angebot an Ausbildungsplätzen im Verhältnis zu den Bewerbern etwas höher als im Durchschnitt der bundesdeutschen Regionen. Aber im Vergleich mit den Gruppen A und B fällt die Bewertung in der Kategorie Arbeitsmarkt und Bildung insgesamt um einige Stufen schlechter aus. Es gibt also keinen starken Wohnanreiz für Familien wie in Gruppe A oder B.

Das wichtigste Problem, das die sonst auf den ersten Blick oft recht unterschiedlichen Kreise und Städte eint, ist eine sehr schlechte Bewertung in der Kategorie Sicherheit. Das Dilemma wird an zwei Beispielen klar, die auf den ersten Blick recht unterschiedlich erscheinen: Bielefeld und Plön. Bielefeld mit 324.000 Einwohnern hat einen Kinder- und Jugendlichenanteil von gut 18 % an der Bevölkerung, eine hohe Teilzeitquote von über 20 %, aber gleichzeitig auch eine verhältnismäßig hohe Zahl von Körperverletzungen und Einbrüchen.

Auch der Landkreis Plön, mit lediglich 134.000 Einwohnern eher überschaubar und wirtschaftlich und räumlich grundsätzlich anders strukturiert, verfügt über einen überdurchschnittlichen Kinder- und Jugendlichenanteil von 19 % an der Bevölkerung. Plön weist ferner wie Bielefeld bei der Teilzeitquote einen Spitzenplatz von über 21 % auf, hat aber ebenso Defizite im Bereich Sicherheit, was an einer im Vergleich zum Bundesschnitt 50 % höheren Rate im Straßenverkehr verletzter Kinder sichtbar wird.

Auch wenn sich Defizite unterschiedlich ausprägen und zusammen mit den Arbeitsmarktproblemen ein eher diffuses Bild eingeschränkter Lebensqualität für Familien ergeben, so stellen sie doch eine ernsthafte Herausforderung für die Regionen dar – zumal diese Kreise und Städte alle Chancen haben, die Situation und die Rahmenbedingungen für Familien grundsätzlich zu verbessern. Die unterdurchschnittliche Betreuungsinfrastruktur und die

heute weniger zuverlässige ökonomische Perspektive lassen sich bearbeiten. Ganz grundsätzlich ist Familienfreundlichkeit hier ein Thema der Wirtschaftspolitik. Ein Beispiel dafür, wie man diesen Zusammenhang angehen kann, ist das Projekt „CheF – Chefsache Familie“ in den Landkreisen Nordfriesland und Dithmarschen, wo die Stärkung des Wirtschaftsstandortes und der kleinen und mittleren Unternehmen ein zentrales Ziel ist. Daneben müssen aber vor allem Aspekte der öffentlichen Sicherheit und der Ausbau der Betreuungsinfrastruktur ins Zentrum der regionalen Familienpolitik rücken.

Gutes Beispiel für regionale Aktivitäten

„CheF – Chefsache Familie“ in den Landkreisen Nordfriesland und Dithmarschen

Das Projekt „CheF – Chefsache Familie“ startete im Juni 2004 und hat sich im September 2004 der Initiative Lokale Bündnisse für Familie angeschlossen.

Ziele:

- Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie
- Stärkung des Wirtschaftsstandorts Nordfriesland und Dithmarschen, Unterstützung insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen bei der Bewältigung des anstehenden demografischen Wandels durch familienfreundliche Arbeitsmodelle, dauerhafte Mitarbeiterbindung und Perspektiven zum Arbeiten und Leben für Familien in der Region

Geplante Maßnahmen:

- kostenlose, individuelle Beratung für kleine und mittlere Unternehmen
- Informationsnetzwerk und Datenbank mit Beispielen guter Praxis
- Seminare und Veranstaltungen
- Begleitung von Unternehmen bei der Vorbereitung auf das Audit Beruf und Familie

Organisation:

- Ansprechpartnerin: Frau Antje Hauptvogel, Johann-Adolf-Straße 30, 25832 Tönning, Tel.: 0 48 61/96 11-0, Fax: 0 48 61/96 11-11, E-Mail: info@pgw-sh.de

3.4 Gruppe D: Die „Unauffälligen“

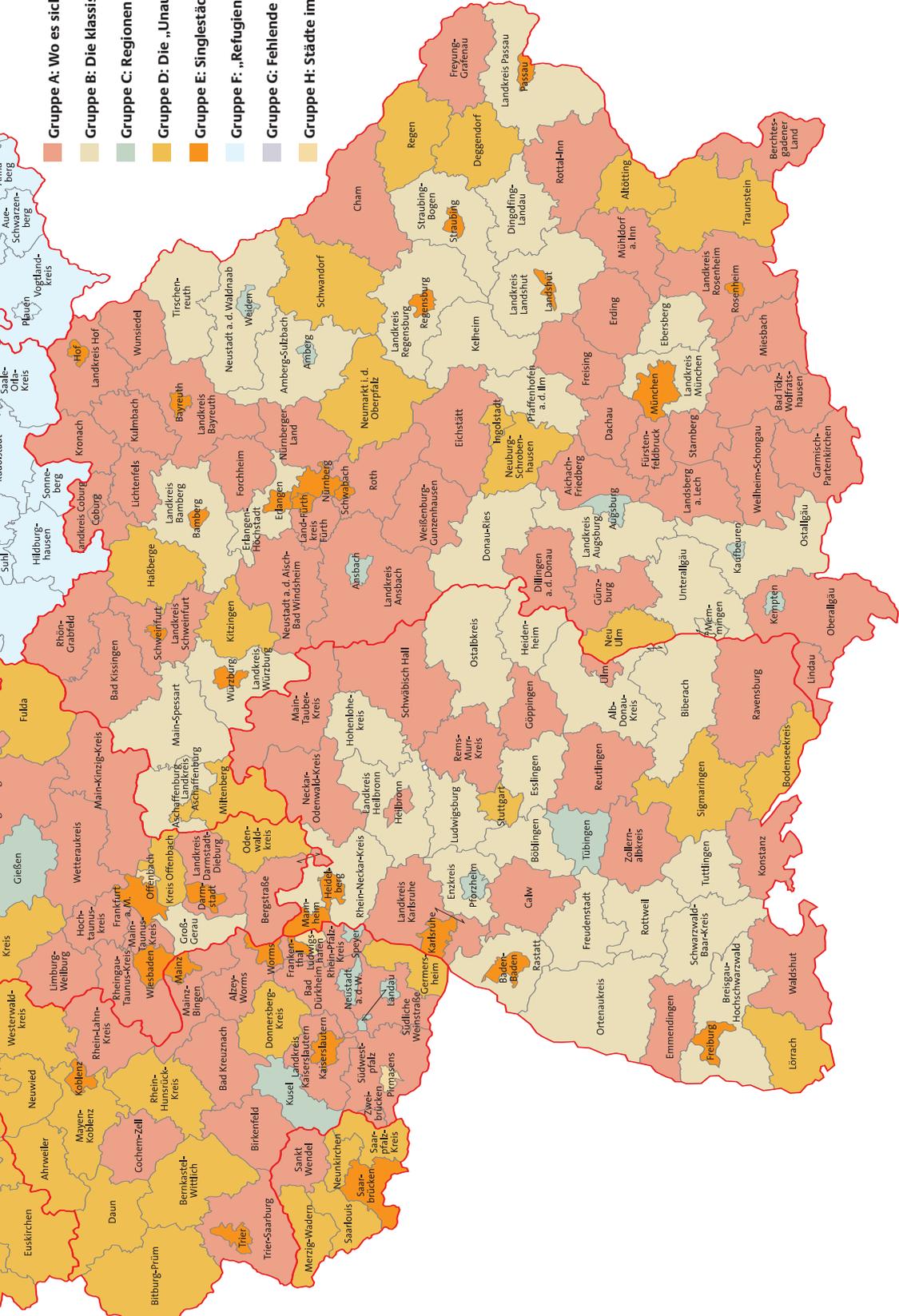
Bei den „Unauffälligen“ handelt es sich um die zahlenmäßig umfangreichste Gruppe, 92 Kreise und Städte mit durchschnittlicher Arbeitslosigkeit, die überwiegend im Norden und Westen der westdeutschen Bundesländer liegen. Verden, Wittmund, Mettmann, Gütersloh, Soest, Kleve und Saarlouis sind Repräsentanten. Großstädte finden sich in dieser Gruppe bis auf wenige Ausnahmen (Stuttgart) nicht.

Diese Regionen ähneln in mancher Hinsicht den klassischen Mittelstandsregionen, der Kinder- und Jugendlichenanteil an der Bevölkerung liegt beispielsweise über dem Durchschnitt, ebenso wie die Anzahl von Familienhaushalten und die Geburtenrate. Cloppenburg etwa besitzt eine sehr positive demografische Entwicklung, einen hohen Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Bevölkerung, was vor allem durch die bundesweit höchste Fertilität von 1,9 begründet ist. Damit fällt der Anteil von Familienhaushalten überdurchschnittlich aus.

In einigen Kreisen und Städten dieser Gruppe – wie etwa wiederum Cloppenburg mit einer Arbeitslosenquote von 6,5 %, einer hohen Ausbildungsplatzdichte und wenig Kriminalität – bietet sich sogar eine ausgesprochen gute arbeitsmarktbezogene Situation. Dennoch fehlen den „Unauffälligen“ die starken Werte der „Mittelständler“ in den Bereichen Arbeitsmarkt und Bildung, Sicherheit und Wohlstand. Der Strukturwandel in diesen Regionen ist stark fortgeschritten, aber er hat die Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht wesentlich verbessert. Während die Betreuungsinfrastrukturen nirgendwo in Deutschland geringer sind, fehlt zudem vor allem ein dynamischer Teilzeitarbeitsmarkt. Die Frauenerwerbsquote ist deshalb ebenso niedrig wie bei den klassischen Mittelstandsregionen.

Während die klassischen Mittelstandsregionen sich noch eine Weile auf ihren funktionsfähigen arbeitsteiligen Strukturen ausruhen können, wird es für die „Unauffälligen“ höchste Zeit, den Wert der Familien und vor allem einer dynamischen Frauenerwerbstätigkeit im Strukturwandel zu entdecken. Das Beispiel Cloppenburg zeigt nämlich auch, dass eine hohe Geburtenrate und eine starke Abwanderung junger Erwachsener wie in vielen Regionen dieser Gruppe Hand in Hand gehen. Wenn junge, gut ausgebildete Menschen trotz relativ guter Rahmenbedingungen ihre Familie nicht in der Region gründen, sondern noch vor Beginn der Familienphase die Region verlassen, werden wichtige Chancen verschenkt. Mittel- und langfristig wird auch hier der Fachkräftemangel – u. a. aufgrund der relativ geringen Frauenerwerbstätigkeit – ein Hauptproblem werden. Um sich erfolgreich den steigenden Herausforderungen zu stellen, sind insbesondere die mangelhaften Betreuungsinfrastrukturen und die Flexibilität des Arbeitsmarktes zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu optimieren. Ein Beispiel für eine Region dieser Gruppe, die die Herausforderung erkannt hat, ist der Landkreis Leer mit seinem lokalen Bündnis, dessen Maßnahmen auf verbesserte Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt fokussiert sind.

- Gruppe A: Wo es sich als Familie gut wohnen und leben lässt**
- Gruppe B: Die klassischen Mittelstandsregionen**
- Gruppe C: Regionen mit „verdeckten Problemen“**
- Gruppe D: Die „Unauffälligen“**
- Gruppe E: Singlestädte als biografische „Durchlaufstation“**
- Gruppe F: „Refugien“ für Familien in Ostdeutschland**
- Gruppe G: Fehlende Perspektiven für Familien**
- Gruppe H: Städte im Strukturwandel**



Gutes Beispiel für regionale Aktivitäten

Lokales Bündnis für Familie in Leer

Seit 1992 unterstützt die Koordinierungsstelle „Frau und Beruf“ kleine und mittelständische Unternehmen in der Stadt Emden und den Landkreisen Leer und Aurich. Zu Beginn des Jahres 2004 schloss sich die Koordinierungsstelle „Frau und Beruf“ der Initiative Lokale Bündnisse für Familie an. Mittlerweile bildet sie gemeinsam mit neuen Partnern und einem erweiterten Themenspektrum das am 22. November gegründete „Ostfriesische Bündnis für Familie“. Im regionalen Bündnis sollen gute Erfahrungen weitergegeben und neue Wege zur Zusammenarbeit gefunden werden. Dafür kooperieren Landkreise, Städte, Gewerkschaften, Kirchen, Kammern, eine Fachhochschule und schließlich Unternehmen – vom größten Arbeitgeber vor Ort, VW, bis zu klein- und mittelständischen Unternehmen.

Ziele des Lokalen Bündnisses im Landkreis Leer:

- ! Verbesserung der Balance von Familie und Beruf
- ! berufliche Gleichstellung von Frauen
- ! Stärkung der Attraktivität der Region als Wirtschaftsstandort
- ! Bindung qualifizierten Personals über die Elternzeit hinweg, Entlastung des regionalen Arbeitsmarkts

Maßnahmen:

- ! Weiterbildung und Beratung von Frauen in Elternzeit
- ! Vermittlung Arbeit suchender Frauen durch Personalangebote, die auf den spezifischen Bedarf der im überbetrieblichen Verbund vertretenen Firmen zugeschnitten sind: Schwangerschafts- und Urlaubsvertretungen, aber auch langfristige Einstellungen
- ! Vermittlung von Kinderbetreuungsplätzen, Tagesmüttern für Notfallsituationen und schulischen Integrationshelferinnen und -helfern

Kontakt:

- ! Ansprechpartnerin: Frau Roswitha Franke, Landkreis Leer, Bergmannstr. 35, 26723 Emden, Tel.: 04 91/9 26 12 82, Fax: 04 91/9 26 15 15, E-Mail: roswitha.franke@lkleer.de
- ! Internet: <http://frauenfoerderung.landkreis-leer.de/>

3.5 Gruppe E: Singlestädte als biografische „Durchlaufstation“

49 westdeutsche Städte bilden die Gruppe „Singlestädte“. Es sind zumeist Universitäts- und Verwaltungsstandorte sowie Dienstleistungszentren, also Singlestädte wie München, Frankfurt a. M., Düsseldorf und die Region Hannover, aber auch Heidelberg, Aachen, Münster und Bayreuth. Charakteristisch für diese Gruppe sind Großstädte und Mittelzentren mit Verwaltungs- und Bildungsfunktion und einem hohem Dienstleistungsanteil an der Wertschöpfung.

Familien mit Kindern sind in den Singlestädten tendenziell in der Minderheit. Es kennzeichnet sie auch, dass sie in der Kategorie Familie & Beruf überdurchschnittlich abschneiden. Das liegt daran, dass sie sowohl eine höhere Teilzeitquote als auch eine höhere Frauenerwerbsquote haben und sich damit Berufstätigkeit und Kinder eigentlich gut vereinbaren ließen. Trotzdem gibt es einen geringeren Kinderanteil an der Bevölkerung. Gründe hierfür liegen u. a. in einem hohen Studierendenanteil, dem städtischen Lebensstil oder auch hohen Mieten. Weitere Indizien liefert der Familienatlas: Bei der Betreuungsinfrastruktur und im Bereich Sicherheit & Wohlstand schneiden die Singlestädte (leicht) unterdurchschnittlich ab, gehören jedoch nicht zu den Schlusslichtern. Erhöhte Kriminalitätsraten finden sich allerdings häufig in dieser Regionalgruppe, vor allem in den größeren Städten.

Hinsichtlich der demografischen Entwicklung sind die Städte dieser Gruppe jedoch eindeutig benachteiligt. Besonders die mittelgroßen Verwaltungs- und Universitätsstandorte in Westdeutschland schneiden bei den zum Faktor Demografie zusammengefassten Indikatoren sehr schlecht ab und belegen als Gruppe den letzten Platz. Der Anteil der Familienhaushalte und die Geburtenrate liegen wie bei den Großstädten vielfach unter dem Durchschnitt aller Regionen. Gleichzeitig ist der Binnenwanderungssaldo der Familienwanderer deutlich niedriger als im Durchschnitt. Gerade die Großstädte leiden unter der Abwanderung von Familienhaushalten.

In den meisten Städten dieser Gruppe lassen sich junge Menschen gerne und gut (vor allem akademisch) ausbilden und sammeln ihre ersten beruflichen Erfahrungen – ihre Familie aber gründen sie hier nicht. Man lebt dort eine Weile, aber selbst wenn man später in der Umgebung seinen Standort findet, pendelt man lieber. Das liegt auch an den Wohnungs- und Immobilienmärkten, denn in den meisten dieser Städte sind die Märkte für große Wohnungen und vor allem Einfamilienhäuser eng und zum Teil teuer. In einigen Städten beispielsweise des Ruhrgebiets trifft dies zwar nicht unbedingt zu, hier schlagen dafür aber Probleme auf dem Arbeitsmarkt und bei der Sicherheit voll durch.

Auch wenn also die Probleme im Einzelnen durchaus unterschiedlich gelagert sein mögen: In allen Städten dieser Gruppe wird die Chance vergeben, qualifizierte junge Erwachsene nicht nur vorübergehend als biografische „Nomaden“ zu gewinnen, sondern auch dauerhaft zu Einheimischen zu machen. Um Familien zurückzugewinnen, müssen sich die Städte durch eine gute Familieninfrastruktur absetzen und wieder bezahlbare Wohnquartiere ausweisen. Die Stadt Nürnberg beispielsweise nimmt seit 2000 mit ihrem Bündnis für Familie alle wichtigen Themen lokaler Familienfreundlichkeit in den Blick.

Insbesondere das Thema Kinderbetreuung betrifft auch die regionalen Hochschulen. Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für Studierende mit ihrem charakteristischen Multi-Tasking zwischen Studium, Job und Partnerschaft genauso wie für Berufstätige ein Problem. Familienfreundlichkeit ist also auch eine Aufgabe der Universitäten, ihrer Infrastruktur und Lehrangebote – von Universitätskrippen bis hin zu „Freischüssen“ (verkürzter Prüfungszeitraum) für allein erziehende StudentInnen bei den akademischen Prüfungen.

Eine gewisse Heterogenität bei der Gruppenzusammensetzung zeigt sich auch in dieser Gruppe. So sind die drei Kreise Pinneberg, Bad Segeberg und Ostholstein strukturell natürlich schwer mit München, Aachen oder Bayreuth vergleichbar. Insbesondere sind die Werte im Bereich der Demografie in diesen Kreisen besser, u. a. aufgrund der Funktion als Wohnstandorte für Hamburg-Pendler. Die Betreuungsmöglichkeiten wiederum sind geringfügig schlechter als in vielen Großstadtstandorten. Die statistischen Übereinstimmungen in allen anderen Kategorien werden dadurch aber nicht aufgehoben. So schneiden die Kreise hinsichtlich der Kategorien Familie & Beruf und Bildung & Arbeitsmarkt wie die Städte ab, auch wenn die Gründe im Einzelfall andere sind. Auch daran zeigt sich wiederum die Notwendigkeit von spezifisch zugeschnittenen Maßnahmen zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit.

Gutes Beispiel für regionale Aktivitäten

„Bündnis für Familie“ in Nürnberg

Das Nürnberger „Bündnis für Familie“ wurde bereits 2000 vom Stadtrat ins Leben gerufen. Mit einer großen Zahl von Partnern nimmt es alle wichtigen Themen lokaler Familienfreundlichkeit in den Blick. Das „Bündnis für Familie“ in Nürnberg gab Bundesministerin Renate Schmidt die Anregung für die Initiative Lokale Bündnisse für Familie.

Ziele:

- Nürnberg für Familie und Kinder attraktiver machen
- Lebensbedingungen und Lebenssituationen von Familien stärker in den Mittelpunkt kommunalpolitischen Handelns rücken
- familienfreundliches Klima in der Stadt schaffen
- möglichst breite Beteiligung gewährleisten

Maßnahmen (Beispiele):

- Familienkarte Nürnberg: Vergünstigungen für Familien beim Einkaufen in Partnergeschäften, bei kulturellen Angeboten und öffentlichen Einrichtungen
- Familienpatenschaften: Unterstützung von vorwiegend Alleinerziehenden bei der Alltags- und Haushaltsorganisation durch Ehrenamtliche
- Kindertagesstätte als Ort für Familien: Öffnung von Kindertagesstätten für Familien aus dem Stadtteil und Einbeziehung der Nachbarschaft
- Internetangebot der IHK und der Agentur für Arbeit zur familienbewussten Personalpolitik
- Kampagne Erziehung: Informationen zu Erziehungsfragen, Handlungswissen zur Konflikt- und Problemlösung
- öffentliche Präsenz durch „Floriss“: von Betrieben gesponserte Blumen mit dem Logo des Bündnisses, die im Straßenbild auffallen

Kontakt:

- Ansprechpartner: Reiner Pröbß, Leiter des Stabs Familie, Spitalgasse 22, 90403 Nürnberg, Tel.: 09 11/23 141 48, Fax: 09 11/2 31-73 55, E-Mail: reiner_proelss@ref5.stadt.nuernberg.de
- Internet: www.bff-nbg.de

3.6 Gruppe F: „Refugien“ für Familien in Ostdeutschland

Die Entwicklung in Ostdeutschland, die vielfach pauschal mit Abwanderung, Überalterung und strukturell verfestigter Arbeitslosigkeit beschrieben wird, ist in Wirklichkeit viel heterogener. Auch in den neuen Ländern gibt es Regionen, die sich – durchaus auch außerhalb der „Speckgürtel“ Berlins oder des Sachsendreiecks – als eher positive „Refugien“ für Familien beschreiben lassen, trotz aller Einschränkungen.

Dazu gehören 62 Städte und Landkreise vorwiegend in den südlichen neuen Bundesländern, etwa Kamenz, Meißen, Weimar, Gotha, das Leipziger Land und Potsdam-Mittelmark. Dort gibt es zwar teilweise nicht unerhebliche Probleme im Bereich Arbeitsmarkt und (Aus-)Bildung. Die Regionen in dieser Gruppe leiden unter einer im bundesdeutschen Vergleich zwar sehr hohen, im Vergleich zum ostdeutschen Niveau aber eher geringen Arbeitslosenquote von durchschnittlich 16 %. Insgesamt stehen sie im ostdeutschen Vergleich gut da – etwa hinsichtlich des Wohlstandsniveaus, der Sicherheit und der demografischen Entwicklung. Bei der Betreuungsinfrastruktur kommt im Vergleich zu Westdeutschland ein direkter Standortvorteil hinzu.

Neben der sehr hohen Betreuungskapazität – 286 Krippenplätze je 1.000 Kinder unter 3 Jahren sind ein Wert, der 10-mal höher ist als der westdeutsche Durchschnitt – deutet eine hohe Frauenerwerbstätigkeit darauf hin, dass in diesen „Refugien“ eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch dazu beiträgt, die Erwerbsbeteiligung insgesamt hoch zu halten und dadurch den harten Strukturwandel abzufedern. Hier wird sehr gut die Bedeutung einer leistungsfähigen Betreuungsinfrastruktur nicht nur in Ostdeutschland deutlich: Sie trägt in schwierigen Wachstumsphasen dazu bei, die Flexibilität des Arbeitskräfteangebots zu erhöhen und erzeugt in Wachstumsregionen eine noch stärkere Dynamik.

Gleichwohl ist der Kinderanteil in der Bevölkerung auch in diesen Regionen mit 16% sehr gering. Hier machen sich die negative Gesamtstimmung und der stärkere Pessimismus bemerkbar, die sich eben auch in einer unterdurchschnittlichen Geburtenrate von lediglich 1,2 niederschlagen. Familien mit Kindern finden in diesen Kreisen und Städten jedoch gute Bedingungen vor. Das vergleichsweise gute Sicherheits- und Wohlstandsniveau wird daran deutlich, dass die Kriminalität mit unter 600 Fällen je 100.000 Einwohner (Körperverletzungen und Einbrüche) unter dem Bundesdurchschnitt liegt und weniger Kinder und Jugendliche in Sozialhilfe leben. Beispiele sind hier Mittweida, Annaberg, der mittlere Erzgebirgskreis, die Sächsische Schweiz und der Wartburgkreis, die eine besonders geringe Kriminalitätsrate verzeichnen und gleichzeitig wenige im Straßenverkehr verletzte Kinder zu beklagen haben. Die Sozialhilfequote von Kindern ist ebenfalls im Wartburgkreis und daneben in Gotha, Stollberg und Bad Doberan eher gering.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass in diesen Regionen – nicht nur im ostdeutschen Vergleich – durchaus gute Perspektiven für Familien bestehen. Insbesondere die hohe Frauenerwerbstätigkeit bei gleichzeitig sehr hohen Betreuungskapazitäten bieten beste Voraussetzungen für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. An den ökonomischen Perspektiven muss allerdings stark weiter gearbeitet werden. Strohfeder nützen dabei wenig: Familien richten sich an den langfristigen Perspektiven aus. Regionen, die ihnen

diese Perspektive, unterstützt durch ein langfristiges Leitbild, bieten, können die demografischen Sackgasse verlassen. Dafür ist die Zusammenarbeit mit Unternehmen besonders wichtig, wie das Beispiel des Jenaer Bündnisses für flexible Kinderbetreuung und seine Zusammenarbeit mit Firmen wie Jenoptik zeigt.

Gutes Beispiel für regionale Aktivitäten

Jena: Familienservice für flexible Kinderbetreuung

Das Bündnis „Familienservice für flexible Kinderbetreuung“ wurde vom Jenaer Zentrum für Familie und Alleinerziehende e. V. im Frühjahr 2004 ins Leben gerufen. Bei der Gewinnung neuer Partner und der Entwicklung neuer Modelle einer flexiblen Kinderbetreuung im Bündnis wird das Familienzentrum als „Innovationspilot Balance“ vom BMFSFJ und der Europäischen Union (ESF) finanziell unterstützt.

Ziele:

- ! Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch bedarfsgerechte flexible Betreuungsangebote
- ! Aufbau eines Netzes für Notfallbetreuung: bei Nöten und Problemen von Kindern im Alltag, beim Ausfall einer Betreuungsperson etc.
- ! Ausbau des Familienzentrums zum Knotenpunkt für familienfreundliche Aktivitäten

Maßnahmen und geplante Maßnahmen:

- ! Zusammenarbeit mit der Jenoptik AG: Beim Aufbau des Bündnisses hat das Unternehmen sein Know-how beim Projekt- und Kostenmanagement zur Verfügung gestellt; dafür können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jenoptik AG jetzt bevorzugt auf die Angebote des Familienzentrums zugreifen.
- ! Angebote für Betreuung außerhalb der Kitaöffnungszeiten (bereits umgesetzt)
- ! Mini-Kindergarten (Kinder im Alter von 7 Monaten bis 2,5 Jahren werden gegen Elterngebühr betreut) (bereits umgesetzt)
- ! Babysittervermittlung und stundenweise Kinderbetreuung
- ! „Leihoma“-Service, bei dem der Kontakt und die gegenseitige Hilfe zwischen den Generationen im Mittelpunkt steht
- ! „Netzwerk für Alltagsnöte“, an das sich Kinder und Eltern wenden können
- ! aktive Ansprache von Unternehmen und Familien, um den Bedarf zu ermitteln und flexibel darauf reagieren zu können

Kontakt:

- ! Ansprechpartnerin: Frau Stefanie Herold, Dornburger Straße 26, 07743 Jena, Tel.: 0 36 41/48 96 66,
E-Mail: office@familienzentrum-jena.de
- ! Internet: www.familienzentrum-jena.de

3.7 Gruppe G: Fehlende Perspektiven für Familien

Knapp die Hälfte der ostdeutschen Regionen, mit Schwerpunkt im östlichen Mecklenburg und Vorpommern, fallen in die Gruppe H, in der geringe Perspektiven für Familien, ein starker Bevölkerungsrückgang in den letzten Jahren und eine weiterhin sehr hohe Arbeitslosigkeit zusammentreffen. Dramatisch sind insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit und der Mangel an Ausbildungsplätzen. Neben Großstädten wie Berlin und Cottbus sind hier Landkreise wie Rügen, Wismar, die Uckermark, Barnim und Güstrow betroffen. Dabei spielt Berlin natürlich eine Sonderrolle: Teile der Stadt weisen eher die Probleme der Singlestädte auf, andere Teile haben eine hohe Geburtenrate bei extrem hohem Alleinerziehendenanteil. Berlin müsste vor diesem Hintergrund separat genauer untersucht werden und vor allem ein Set von Maßnahmen und Strategien für seine unterschiedlich aufgestellten Bezirke entwickeln.

Bezüglich der demografischen Entwicklung und in der Themenkategorie Bereich Bildung/Arbeitsmarkt belegen die Städte im Gruppenvergleich die letzten Plätze. Die Arbeitslosigkeit ist fast doppelt so hoch wie im Bundesschnitt, die Jugendarbeitslosigkeit mit 98,7 Personen je 1.000 Personen zwischen 15 und 24 Jahren stellt einen negativen Rekord dar.

Zudem ist einerseits die Schulabbrecherquote sehr hoch, andererseits aufgrund sehr geringer Ausbildungsplatzdichte die Chance auf eine Lehrstelle schlecht. Hinsichtlich des Faktors Sicherheit und Wohlstand liegt die Regionengruppe leicht unterhalb des Bundesdurchschnitts, was insbesondere durch überdurchschnittliche Werte bei Körperverletzungen und Einbrüchen, einem höheren Anteil im Straßenverkehr verletzter Kinder und Jugendlicher sowie einem größeren Anteil Sozialhilfe empfangender Kinder und Jugendlicher bedingt wird.

Im Ergebnis ist eine Besorgnis erregende demografische Entwicklung zu beobachten. Niedrige Geburtenraten mit für Ostdeutschland typischen Werten von 1,2 und sehr hohe Abwanderungsraten bei Familien haben zu einem geringen Anteil von Kindern und Jugendlichen in der Bevölkerung geführt.

Auf der Haben-Seite des statistischen Vergleichs kann bei dieser Regionengruppe verbucht werden, dass umfangreiche Betreuungskapazitäten (Ganztagsbetreuung) bereitstehen. Durchschnittlich 430 Krippenplätze je 1.000 Kinder unter drei Jahren im Vergleich zum Bundesschnitt von 185 Plätzen stellen – sogar im europäischen Maßstab – einen Spitzenplatz dar. Die guten Betreuungsrelationen sind dabei zum einen Ergebnis der gut ausgebauten Kapazitäten, zum anderen aber auch der geringen Anzahl von Kindern („passive Sanierung“).

Im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sieht es ebenfalls nicht ganz so düster aus. Der Anteil Teilzeitbeschäftigter entspricht dem Bundesschnitt, und in den hier betrachteten Landkreisen und Städten besteht nach wie vor eine hohe Frauenerwerbstätigkeit. Die Landkreise im Berliner Umland leiden nicht unter Abwanderung und können im Gegenteil sogar von einem Zuzug von Berlinern profitieren, sodass hier kein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen ist.

Diese positiven Aspekte werden aber von den ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen überlagert. Die instabile Perspektive führt dazu, dass es sich um die demografisch am stärksten schrumpfenden Regionen handelt. Sie brauchen deshalb kombinierte Strategien aus konzentrierter wirtschaftspolitischer Förderung, Ausbildungsplatzoffensiven und Umfeldverbesserungen (vor allem Verbesserung der Sicherheit und des Wohnumfeldes). Im Zusammenhang mit Bundesprogrammen wie dem „Stadtumbau Ost“ oder der „Sozialen Stadt“ wurden bereits Erfahrungen mit politikfeldübergreifenden Strategien gesammelt. Die Themen Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung müssen allerdings mit solchen Strategien noch stärker als bisher vernetzt werden. Denn es ist vor allem die wirtschaftliche Perspektive, an der sich Familien orientieren. Ein Beispiel, wie regionalökonomische Strategie und Familienfreundlichkeit vernetzt werden können, bietet das lokale Bündnis für Familien auf der Insel Rügen, wo die Maßnahmen stark auf den Standortfaktor Tourismus und die besonderen Bedingungen dieser Branche abgestellt wurden.

Gutes Beispiel für regionale Aktivitäten

„Lokales Bündnis für Familie“ auf Rügen

Das „Lokale Bündnis für Familie“ auf Rügen entstand im Herbst 2004 auf Initiative des Vereins „Rügen-tut-gut e. V.“, der im Frühjahr 2004 gegründet wurde.

Ziele:

- ▮ Profilierung Rügens als familienfreundliche Insel
- ▮ Vermeidung von Abwanderung durch Verbesserung der Balance von Familie und Beruf für die Beschäftigten und durch Stärkung des Tourismus als Standortfaktor
- ▮ inselweite Vernetzung und Austausch zwischen sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten

Geplante Maßnahmen:

- ▮ grundsätzlich: Verbindung von familienfreundlichen Angeboten, insbesondere in der Kinderbetreuung, für Einheimische und Feriengäste
- ▮ Flexibilisierung der Kinderbetreuung, um vor allem den starken saisonbedingten Schwankungen im Bedarf und Zeithorizont der Betreuung gerecht zu werden
- ▮ Informationsplattform zu regionalen und überregionalen Aktivitäten im Internet
- ▮ Beratung von Unternehmen zu familienfreundlichen Maßnahmen

Kontakt:

- ▮ Ansprechpartnerin: Christine Wenmakers, Rügen-tut-gut e. V., Plüggentiner Str. 49, 18573 Samtens, Tel.: 0172/3 43 05 87, E-Mail: wenmakers@ruegen-tut-gut.de
- ▮ Internet: www.ruegen-tut-gut.de

3.8 Gruppe H: Städte im Strukturwandel

Dieser Gruppe lassen sich 21 westdeutsche Städte zuordnen, die sich am ehesten als ehemalige Industriestädte mit bislang noch geringem Dienstleistungsbesatz und zum Teil problematischer Arbeitsmarktsituation charakterisieren lassen. Die Familienfreundlichkeit ist in diesen Städten stark verbesserungswürdig, wie sich anhand vieler Indikatoren zeigt. Ruhrgebietsstädte wie Herne, Bottrop, Duisburg und Gelsenkirchen, aber auch Bremen, Neumünster, Emden, Krefeld, Kassel und Offenbach fallen in diese Kategorie.

Eine Sonderrolle spielen in dieser Gruppe Hamburg und Köln. Nach Auswertung der Daten ist festzustellen, dass sie eine Zwischenposition zwischen den Gruppen E und H einnehmen. Insbesondere aufgrund des starken Problemdrucks im Bereich Sicherheit & Wohlstand, etwa durch die hohe Sozialhilfequote bei Kindern, werden sie letztlich aber der Gruppe H zugeordnet. Gleichwohl sind Hamburg und Köln nicht mit Herne oder Neumünster vergleichbar. An diesem Beispiel zeigt sich, dass trotz Gemeinsamkeiten in den Gruppen individuelle Probleme maßgeschneiderte Problemlösungsansätze erfordern. Sowohl Hamburg als auch Köln haben die Problemlagen erkannt und in ihren Leitbildern „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ und "Leitbild Köln 2020" die Familienfreundlichkeit als Ziele prominent verankert.

Ansonsten zeichnet sich diese Städtegruppe insgesamt durch eine unbefriedigende Sicherheitssituation, ein unterdurchschnittliches Wohlstandsniveau und eine – im westdeutschen Vergleich – schlechte Arbeitsmarktlage aus. Hinsichtlich der Kriminalitätsdichte bildet diese Gruppe mit Abstand das Schlusslicht. Häufig stecken die Städte dieser Gruppe in einer harten Restrukturierung und haben die Transformation zu einer modernen Technologie- und Dienstleistungsökonomie noch nicht erfolgreich vollzogen. Oft leiden sie unter Bevölkerungsrückgang und Abwanderung, gerade bei Familienhaushalten.

Die Rahmenbedingungen für Familien sind in diesen Städten in weiten Teilen nicht wesentlich besser als in vielen Regionen Ostdeutschlands. Es hat vielfach den Anschein, als seien über die Konzentration auf den wirtschaftlichen Strukturwandel die Rahmenbedingungen für Familien vergessen worden – obwohl sie doch wie mehrfach beschrieben ein ganz zentraler Faktor auch für regionale wirtschaftliche Perspektivfähigkeit sind.

Die Frauenerwerbstätigkeit ist bei der Hälfte der Städte unterdurchschnittlich und bei der anderen Hälfte auch nur durchschnittlich, was in letzteren Fällen zumindest als positives Indiz gewertet werden kann. In der überwiegenden Zahl der Fälle wird die Situation dieser Städte erschwert durch einen zusätzlich hohen Anteil von in Sozialhilfe lebenden Kindern.

Am Beispiel von Neumünster zeigt sich, dass sich trotz einer überdurchschnittlichen Geburtenrate die Zahl der Kinder und Jugendlichen und die Anzahl der Familienhaushalte nur im Durchschnitt bewegt. Deutliche Defizite im Bereich Sicherheit und Wohlstand, gemessen an der Zahl der Verkehrsunfälle von Kindern und Jugendlichen sowie der vielen von Sozialhilfe abhängigen Jugendlichen, führen zu einer hohen Abwanderungsrate von Familien.

Stellvertretend für Industriestädte stehen die Ruhrgebietsstädte Bottrop und Herne: Zwar liegen die Geburtenrate und der Kinderanteil in der Bevölkerung im Regionendurchschnitt. Aber eine hohe Arbeitslosenquote, insbesondere bei Jugendlichen, eine geringe Teilzeitquote und geringer Beschäftigtenanteil von Frauen deuten darauf hin, dass die Neuausrichtung der Wirtschaftsstruktur noch nicht gelungen ist. Zudem sind die Betreuungskapazitäten für Kinder (Krippenplätze, Hortplätze) noch nicht ausreichend ausgebaut.

Jedoch lassen sich auch einige positive Aspekte feststellen. Während bei einigen Städten wie Salzgitter, Duisburg und Emden zumindest eine überdurchschnittliche demografische Entwicklung feststellbar ist, schneiden andere Städte wie Kassel und Bremerhaven im Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf relativ gut ab, was an geringer Jugendarbeitslosigkeit und überdurchschnittlicher Teilzeitquote deutlich wird.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass für diese Regionen die Themen Lebensqualität, Wohnen und Arbeitsmarkt zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit an erster Stelle stehen sollten. Die aus Familiensicht zum Teil extremen Einschränkungen der Lebensqualität, für Frauen problematische Arbeitsmärkte und zumindest bei einem Teil der Regionen unterdurchschnittliche Betreuungskapazitäten führen zu hohen Bevölkerungsverlusten, die sich insbesondere in negativen Wanderungssaldi bei den Familien niederschlagen. Das Beispiel des Bündnisses für Familie in der Hansestadt Bremen zeigt, dass die Modernisierung der Unternehmen, ihrer Arbeitszeitstrukturen und Personalorganisation einerseits und mehr Familienfreundlichkeit andererseits zwei Seiten einer Medaille sind. In Bremen zielen die Maßnahmen folgerichtig auf die Auditierung von Unternehmen und betriebsnahe Modelle.

Gutes Beispiel für regionale Aktivitäten

Bremen: „Bremer Bündnis für Familie“

Das „Bremer Bündnis für Familie“ ist aus der 2002 gegründeten Initiative „Familienfreundliche Stadt“ hervorgegangen. Viele Organisationen und Initiativen, die sich für Familien engagieren, finden sich im Bündnis zusammen, um ihre Aktivitäten zu bündeln und, wie es in der Gründungsdeklaration heißt, dem Lebensmodell Familie mit seinen vielfältigen Formen zu neuer Attraktivität zu verhelfen.

Ziele des „Bremer Bündnisses für Familie“

- Bündelung vorhandener Aktivitäten für Familien
- Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Gewinnung neuer Partner, vor allem aus Wirtschaft und Politik, für Familienfreundlichkeit und für das Bündnis

Geplante Maßnahmen:

- Schwerpunkt Familienfreundlichkeit im Unternehmen: bremenweite Auditierung von Unternehmen im Rahmen des Audits Familie und Beruf der Gemeinnützigen Hertie Stiftung
- Schwerpunkt Kinderbetreuung: Ausbau von Betreuungsplätzen – auch durch betriebsnahe Angebote – und bedarfsgerechten Betreuungszeiten

Kontakt:

- Ansprechpartnerin: Frau Sabine Michaelis, Senat für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Tel.: 04 21/3 61 23 33 E-Mail: Sabine.michaelis@soziales.bremen.de

IV.

Anhang

4.1 Literaturempfehlungen



RENATE SCHMIDT/LIZ MOHN (HRSG.): FAMILIE BRINGT GEWINN. INNOVATION DURCH BALANCE VON FAMILIE UND ARBEITSWELT, GÜTERSLOH 2004

Das Buch wirbt für den ökonomischen Charme der Familie. Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Medien und Kultur legen dar, wie alle von einer familienfreundlichen Unternehmenskultur profitieren können. Die Balance von Familie und Arbeitswelt wird nicht nur mit „harten“ Argumenten begründet, sondern handlungsorientiert durchbuchstabiert. Ein Serviceteil ergänzt das Buch mit Fakten und Trends sowie Kurzporträts wichtigster Studien und Handlungsfelder.

Im Buchhandel erhältlich zum Preis von 25,00 Euro oder direkt über den Verlag Bertelsmann Stiftung per Fax: 0 52 41/8 18 19 31 oder E-Mail: sabine.reimann@bertelsmann.de (ISBN: 3-89204-778-2).



ZUKUNFT FAMILIE. ERGEBNISSE AUS DEM 7. FAMILIENBERICHT. HRSG.: BMFSFJ IN ZUSAMMENARBEIT MIT FRUITMARKET KULTUR UND MEDIEN GMBH, KÖLN SOWIE DER GESCHÄFTSSTELLE 7. FAMILIENBERICHT, SEPTEMBER 2005

Im August 2005 ist der 7. Familienbericht an die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend übergeben worden. Die Balance von Familie- und Arbeitswelt im Lebensverlauf wird als zentrales Thema im fast 600 Seiten umfassenden Werk zur Lage der Familie in Deutschland behandelt. Untersucht werden Wandel und Stabilität von Familie, Veränderungen von Arbeit, Bildung und Wirtschaft, Geld- und Zeitökonomie von Familien, Generationenbeziehungen sowie Veränderungen der Geschlechterrollen. Die zentralen Aussagen des 7. Familienberichts finden sich komprimiert in der Broschüre „Zukunft Familie“ wieder. Sie sind auf der Grundlage eines Workshops im Rahmen der Präsentation des 7. Familienberichts entstanden.

Bezugsquelle: Deutsches Jugendinstitut e.V. (DJI), Geschäftsstelle 7. Familienbericht, Postfach 900352, 81503 München, Tel. 089/623 06-0



AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE (APuZ 23–24/2005) „FAMILIENPOLITIK“

In diesem Heft schreiben verschiedene Autoren aus unterschiedlichen Perspektiven zum Thema Familienpolitik. Sandra Gruescu und Bert Rürup: Nachhaltige Familienpolitik; Hans Bertram, Wiebke Rösler und Nancy Ehlert: Zeit, Infrastruktur und Geld: Familienpolitik als Zukunftspolitik; Malte Ristau: Der ökonomische Charme der Familie; Jutta Allmendinger und Kathrin Dressel: Familien auf der Suche nach der gewonnenen Zeit; C. Katharina Spieß und Katharina Wrohlich: Kindertageseinrichtungen: Bedarf und nachhaltige Finanzierung. Erhältlich über www.bpb.de/publikationen



LOKALE BÜNDNISSE FÜR FAMILIE. STATIONEN, ERFOLGE, IMPULSE, HG. V. SERVICEBÜRO LOKALE BÜNDNISSE FÜR FAMILIE c/o JSB DR. JAN SCHRÖDER BERATUNGSGESELLSCHAFT GMBH IM AUFTRAG DES BMFSFJ, SEPTEMBER 2005

Nach zwei Jahren hat sich die Initiative Lokale Bündnisse für Familie als innovativer Ansatz in der örtlichen Familienpolitik etabliert. Die Broschüre enthält eine Zwischenbilanz der Bündnisinitia-

tive: wichtige Bündnisgründungen, gute Beispiele aus der Bündnispraxis, Unterstützung aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Eine Einleitung von Renate Schmidt und Impulsbeiträge von Warnfried Dettling, Hans Bertram und Klaus Peter Strohmeier zeigen Perspektiven für die weitere Entwicklung auf.

Bezug: www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de



EINNAHMEEFFEKTE BEIM AUSBAU VON KINDERTAGESBETREUUNG. WESENTLICHE ERGEBNISSE DES GUTACHTENS DES DEUTSCHEN INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG BERLIN, HG. V. BMFSFJ, JANUAR 2003, ERGÄNZTE FASSUNG NOVEMBER 2004

Das Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) gibt Auskunft über die Relation von Investitionskosten und indirektem Gewinn beim Ausbau von Kindertageseinrichtungen. Insgesamt bewegen sich die möglichen Mehreinnahmen sowohl im Bereich der Einkommensteuer als auch im Bereich der Sozialversicherung perspektivisch in Milliardenhöhe. Das Folgegutachten „Anreize für Kommunen, mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten bereitzustellen“ ergänzt und konkretisiert diese Ergebnisse aus kommunaler Perspektive.



BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE EFFEKTE FAMILIENFREUNDLICHER MASSNAHMEN. KOSTEN-NUTZEN-ANALYSE, PROGNO AG, HG. V. BMFSFJ, SEPTEMBER 2003

Die vielbeachtete Studie der Prognos AG belegt den betriebswirtschaftlichen Effekt familienfreundlicher Maßnahmen in kleinen und mittleren Unternehmen mit einer Rendite von 25 Prozent. Der betriebswirtschaftliche Nutzen übersteigt – auch kurzfristig betrachtet – die Investitionen deutlich. Die Einsparpotenziale aufgrund niedrigerer Überbrückungs-, Fluktuations- und Wiedereingliederungskosten bewegen sich für mittlere Unternehmen und selbst in einer derzeit angespannten Wirtschaftslage in einer Größenordnung von mehreren 100.000 Euro.



NACHHALTIGE FAMILIENPOLITIK IM INTERESSE EINER AKTIVEN BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG. GUTACHTEN VON PROF. BERT RÜRUP, HG. V. BMFSFJ, NOVEMBER 2003

Vor dem Hintergrund der demografischen Trends untersucht der Wirtschaftssachverständige Bert Rürup ökonomische Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung und begründet die Notwendigkeit einer auf die Balance von Familie und Beruf orientierten nachhaltigen Familienpolitik. Einen überzeugenden Lösungsansatz sieht das Gutachten in einer neuen Kombination von unterstützender Infrastruktur, veränderter Elternzeit und familienfreundlicher Unternehmenskultur.



BEVÖLKERUNGSORIENTIERTE FAMILIENPOLITIK – EIN WACHSTUMSFAKTOR, HG. V. BMFSFJ, DEM INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT KÖLN UND DEM BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN INDUSTRIE E. V., NOVEMBER 2004

Langfristige Erfolge einer nachhaltigen Familienpolitik sind nur mit einem „Politik-Mix“ aus Wirtschafts-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik und betrieblicher Personalpolitik zu erwarten. Das gemeinsame Strategiepapier des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) beschreibt die positiven Auswirkungen einer höheren Geburtenrate auf den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand unseres Landes und benennt zentrale Handlungsfelder.



WORK LIFE BALANCE ALS MOTOR FÜR WIRTSCHAFTLICHES WACHSTUM UND GESELLSCHAFTLICHE STABILITÄT, PROGNO AG, HG.V. BMFSFJ, 2. AUFLAGE AUGUST 2005

In einer bislang einzigartigen Kooperation hat sich das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) mit acht deutschen Großunternehmen zusammengeschlossen. Das Projekt unter der Schirmherr-

schaft des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) untersuchte die Auswirkungen, die eine an der Balance von Privatleben und Beruf orientierte Arbeitsorganisation und Personalpolitik für Unternehmen, Volkswirtschaft und Gesellschaft haben. Ergebnis: Durch eine Ausweitung der betrieblichen Work-Life-Balance-Maßnahmen für 30 Prozent aller Beschäftigten ließe sich zusätzliches ökonomisches Wachstum erzielen – mit positiven Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt, die Binnennachfrage und den Arbeitsmarkt.



FAMILIENORIENTIERTE PERSONALPOLITIK. CHECKHEFT FÜR KLEINE UND MITTLERE UNTERNEHMEN, HG. V. DEUTSCHEN INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMERTAG U. DEM BMFSFJ, FEBRUAR 2004

Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen haben oft kaum Kapazitäten für aufwändige Informationsbeschaffung und teure Beratung. Das Checkheft bietet praxisnahe Empfehlungen und konkrete Tipps für familienbewusste Personalpolitik in kleinen und mittleren Unternehmen, ohne dass hohe finanzielle oder personelle Mittel aufgebracht werden müssen. Die Broschüre hat das Bundesfamilienministerium zusammen mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag und der Hertie-Stiftung entwickelt.



FAMILIENFREUNDLICHE MASSNAHMEN IM HANDWERK. POTENZIALE, KOSTEN-NUTZEN-RELATIONEN, BEST-PRACTICES. PROGNOSE AG, HG. V. BMFSFJ, NOVEMBER 2004

Dieser Leitfaden zeigt Praxisbeispiele aus ausgewählten Handwerksbetrieben. Er gibt Anregungen „aus der Praxis für die Praxis“, mit denen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerade in kleinen Unternehmen verbessert werden kann, und verdeutlicht die betriebswirtschaftlichen Vorteile. Die Broschüre wurde von der Prognos AG im Auftrag des Bundesfamilienministeriums und in Kooperation mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) erstellt.



NEWSLETTER „ZUKUNFT FAMILIE“

Alle zwei Monate informiert ein Newsletter über aktuelle Arbeitsschwerpunkte, Expertisen, Projekte und Veranstaltungen aus der Familienabteilung des Ministeriums. „Extra“-Ausgaben erscheinen zusätzlich. Abonniert werden kann das elektronische Magazin im Servicebereich auf www.bmfsfj.de



„MONITOR FAMILIENDEMOGRAPHIE“

Viermal im Jahr erscheint online der wissenschaftliche Informationsdienst „Monitor Familiendemographie“, der zuverlässige Daten und prägnante Kurzinformationen aus Forschung und Statistik rund um die Familien in Deutschland bietet. Der Newsletter kann auf den Internetseiten des Bundesfamilienministeriums www.bmfsfj.de unter der Rubrik „Service“ kostenlos abonniert werden.

DIE PUBLIKATIONEN DES BMFSFJ KÖNNEN KOSTENFREI ÜBER DEN PUBLIKATIONSVERSAND DER BUNDESREGIERUNG BESTELLT WERDEN:

Publikationsversand der Bundesregierung

Postfach 4810 09

18132 Rostock

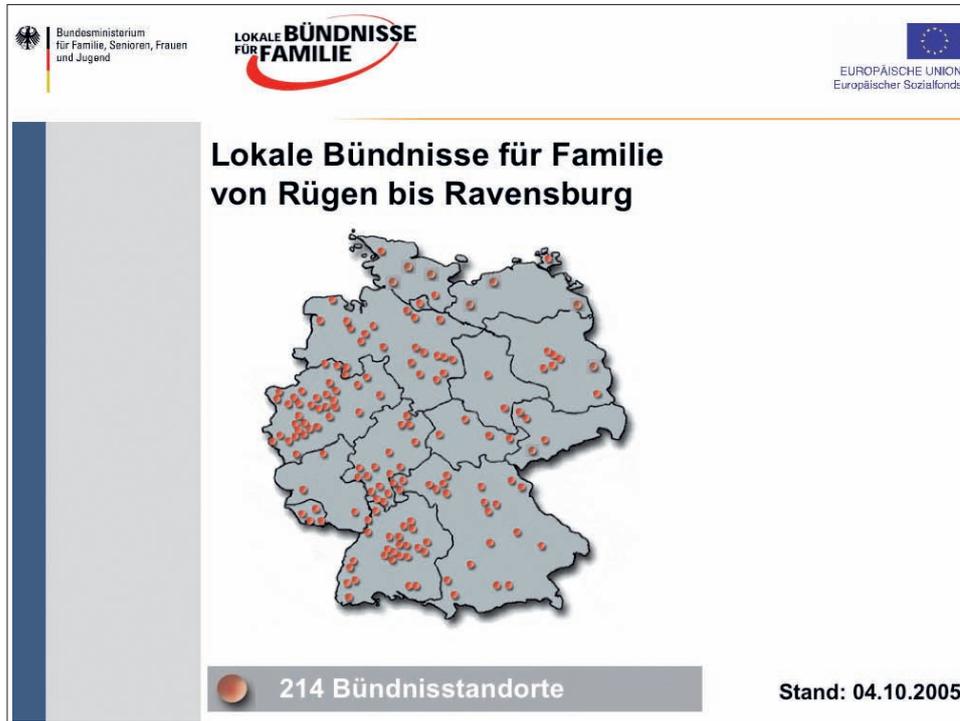
Tel.: 0 18 88/80 80 800

Fax: 0 18 88/10 80 80 800

E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Internet: www.bmfsfj.de

4.2 Lokale Bündnisse für Familie



Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

LOKALE BÜNDNISSE FÜR FAMILIE

EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds

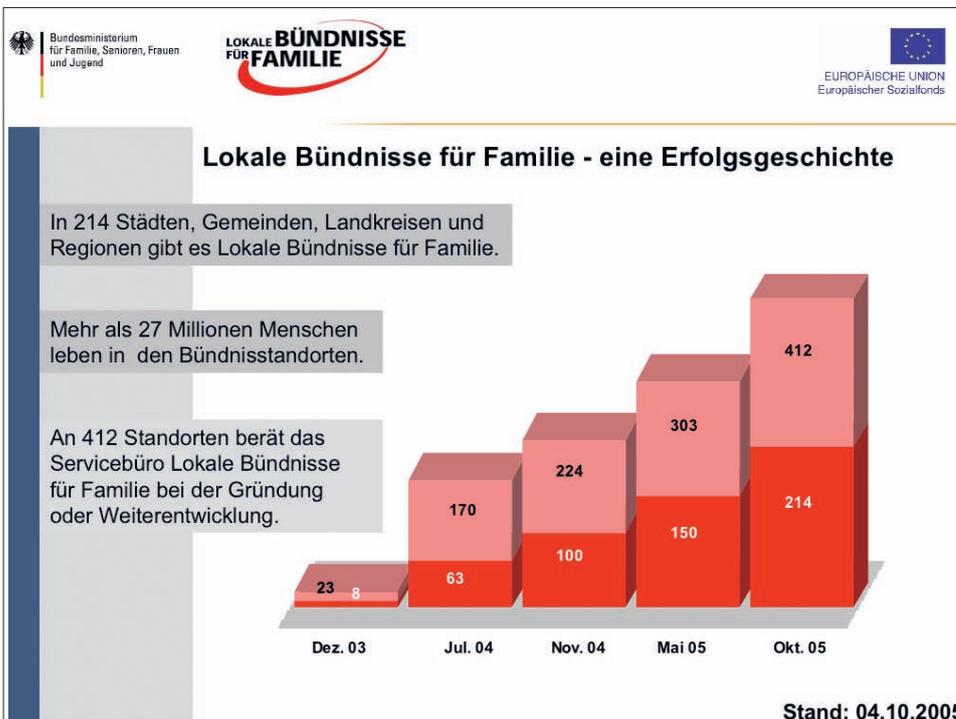
Die Initiative: Lokale Bündnisse für Familie. Das Ziel: Familienfreundlichkeit vor Ort.



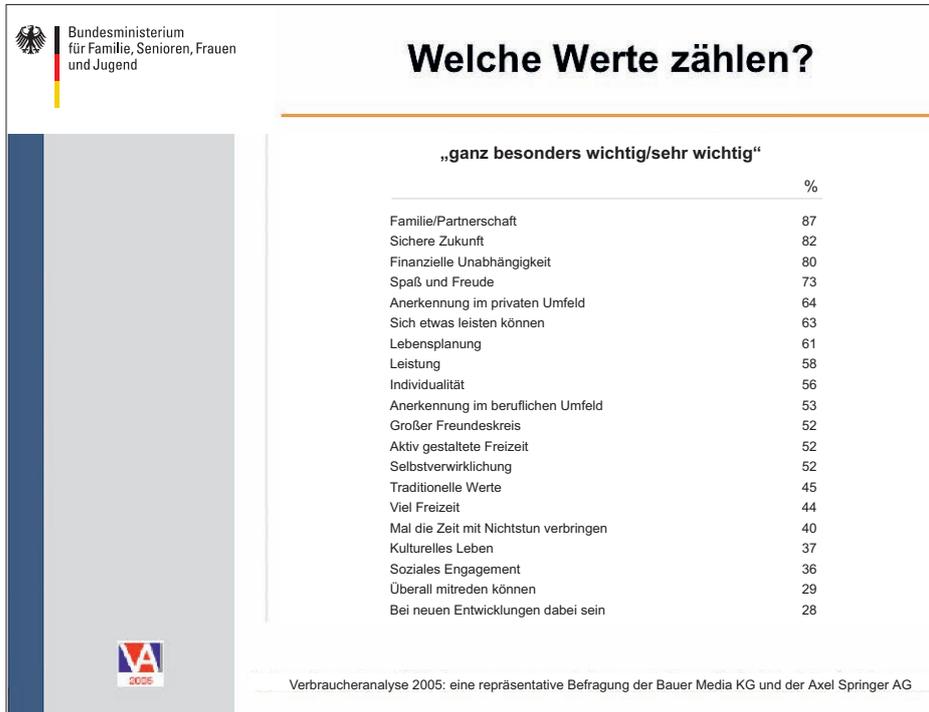
In Lokalen Bündnissen für Familie schließen sich Stadtrat und Verwaltung, Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften, freie Träger, Kirchen, Vereine und soziale Einrichtungen zusammen, um etwas für Familien zu tun.

Zusammenarbeit spart Ressourcen und eröffnet neue Chancen: Dieser Gedanke verbindet Bündnisse in unterschiedlichen Regionen, mit verschiedenen Partnern und Themen. Lokale Bündnisse für Familie sind nah am lokalen Bedarf und können zielgenau etwas bewegen.

Das Servicebüro des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend berät lokale Bündnisse und regt neue Zusammenschlüsse an. Mit Erfolg: Nach zwei Jahren haben sich 214 Bündnisse der Initiative angeschlossen. Dass sich der Bündnisgedanke durchsetzt, zeigt auch das Medienecho: 4.500 Zeitungsartikel, Hörfunk- und Fernsehbeiträge berichteten seit Anfang 2004 über die Initiative.



4.3 Verbraucheranalyse 2005



4.4 Reformen für Deutschland



Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
11018 Berlin
www.bmfsfj.de

Bezugsquelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 4810 09
18132 Rostock
Tel.: 0 18 88/80 80 800
Fax: 0 18 88/10 80 80 800
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Internet: www.bmfsfj.de

Prognos AG, Berlin
Geschäftsführer: Christian Böllhoff
Karl-Liebknecht-Str. 29, 10178 Berlin
Tel.: +49 30 52 00 59-2 22
Fax: +49 30 52 00 59-2 01
E-Mail: familienatlas@prognos.com
Internet: www.prognos.com/familienatlas

Autoren:

Mathias Bucksteeg, Peter Kaiser, Klaudia Lehmann

Stand:

Oktober 2005

Gestaltung:

KIWI GmbH, Osnabrück

Druck:

Bonifatius GmbH, Paderborn

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 0 18 01/90 70 50*
Fax: 0 18 88/5 55 44 00
Montag–Donnerstag 7–19 Uhr

* nur Anrufe aus dem Festnetz, 9–18 Uhr 4,6 Cent,
sonst 2,5 Cent pro angefangene Minute